

Kantonsrat

**Parlamentsdienste** 

Rathaus / Barfüssergasse 24 4509 Solothurn Telefon 032 627 20 79 Telefax 032 627 22 69 parlamentsdienste@sk.so.ch www.parlament.so.ch

M 068/2004 (DBK)

Motion Jungliberale: Ausarbeitung einer Standesinitiative; Aufnahme der Prostituierten in das eidg. Berufsverzeichnis (12.05.2004)

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Standesinitiative auszuarbeiten mit dem Zweck, den Beruf der Prostituierten resp. des Prostituierten in das eidgenössische Berufsverzeichnis aufzunehmen und ihn dadurch mit allen den Berufstätigen zustehenden Rechten und ihnen auferlegten Pflichten anzuerkennen.

Begründung: Die Prostitution ist in den verschiedensten Gesellschaften allgegenwärtig, so auch in der Schweiz und im Kanton Solothurn im Besonderen. Steigt die Nachfrage am «Gewerbe», verhält sich auch der Prostitutionsmarkt dementsprechend. Obwohl die Prostitution schon seit langer Zeit ein Teil unseres gesellschaftlichen Lebens ist, bewegt sie sich in einer riesigen Grauzone. Der Lagebericht des Bundesamtes für Polizei aus dem Jahre 1999, geht davon aus, dass es in der Schweiz rund 14'000 Prostituierte gibt, die täglich ihre Dienste anbieten. Vor allem der Kt. Solothurn ist wegen seiner idealen Verkehrsverbindungen ein bevorzugter Standort für das «Gewerbe» geworden.

Mittlerweile hat man in der Politik erkannt, dass man sich nicht die Frage stellen kann, ob eine Gesellschaft Prostitution hat oder nicht, sondern wie man mit ihr umgeht und die mit ihr verbundenen Menschen geregelt und transparent in unser gesellschaftliches Leben integriert.

Unser Ziel ist es, mit der Berufsanerkennung, die in anderen Ländern wie Deutschland Erfolge verzeichnet, präventive Lösungen zu suchen, um diesen jungen Männern und Frauen andere, aussichtsreichere Perspektiven zu bieten. Nur mit Transparenz kann dieses «Gewerbe» aus seiner Grauzone herausgeholt und den kriminellen Machenschaften, wie dem organisierten Menschenhandel, entgegen gewirkt werden. So könnte beispielsweise bei einer Registrierung, die durch Anreize, wie dem rechtlichen Beistand von Interessengruppen, Zugang zu Sozialversicherungen und einer umfangreichen, professionellen Aufklärung herbeigeführt wird, die präventive Arbeit verstärkt, das «Gelegenheits-Prostituieren» eingedämmt und ein griffigeres Instrument gegen die mafiaähnlichen Zustände im Zuhälterwesen geschaffen werden.

Prostituierende Männer und Frauen führen heute ein Schattendasein. Mit der Registrierung, die nur Personen mit gültiger Schweizer Arbeitsbewilligung zur Berufsausübung zuliesse, würde zudem dem Phänomen der Prostitution mit Touristenvisum Einhalt geboten und zumindest Stückweise die Form des «modernen Menschenhandels» einschränken.

Mit der Berufsanerkennung der Prostitution sind keineswegs alle Probleme beseitigt. Trotzdem sind wir davon überzeugt, dass dies der einzig richtige Weg ist, um mittel- und langfristig der Prostitution als ein Bestandteil unserer Gesellschaft einen Stellenwert zu schaffen, wo sie sich nicht in der Illegalität verstecken muss.

Begründung (12.05.2004): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Reto Schorta, 2. Stefan Liechti, 3. Andreas Schibli. (3)